

Zäsur.

In den letzten Tagen haben wir etwas erlebt, was wir uns nicht haben vorstellen können. Die rabiante Politik, das rabiante Vorgehen von Friedrich Merz und der CDU haben dazu geführt, dass wir erstmals nach dem zweiten Weltkrieg eine Mehrheit im deutschen Bundestag für einen Antrag hatten, mit faschistischen, rechtsradikalen Stimmen.

Die feixenden Abgeordneten der AfD zu sehen, hat mich an die düstersten Kapitel unserer Geschichte erinnert. Die Folgen sind dramatisch. **Dieses Vorgehen der CDU ist zu verurteilen und durch nichts zu rechtfertigen!**

Es ist erschreckend, dass in den Tagen nach dem achtzigsten Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz antidemokratische und rassistische Stimmen in diesem Land salonfähig werden. Es ist erschreckend, dass sich Abgeordnete der CDU/CSU/FDP Sonntags hinstellen und an den Holocaust erinnern, an die Befreiung des Konzentrationslagers, an das Leiden, an das Sterben von Jüdinnen und Juden, von Regimegegnern und in den Tagen danach Anträgen und Gesetzen zu stimmen, die nichts mehr mit dem *Nie wieder*, mit der Lehre aus dem Faschismus, zu tun haben.

Viele Menschen mit sogenannten Migrationshintergrund werden auf der Straße angesprochen. Ihnen werden one-way-Flugtickets in die Hand gedrückt. Mit den Aussagen wie „am 23. Februar ändert sich alles“. Sie haben Sorge, ob sie weiterhin in Deutschland leben können. Menschen, die unsere Nachbarn sind, unsere Freunde, unsere Kolleginnen und Kollegen, Kinder, die in die Kitas gehen, in die Schule, Menschen, die im Krankenhaus arbeiten, unser Gesundheitssystem zusammenhalten, als FacharbeiterInnen, als HandwerkerInnen dafür sorgen, dass unser Land weiterläuft. **Sie alle haben Angst aufgrund der aktuellen Entwicklung.**

Gleichzeitig erleben wir eine Radikalität im Wahlkampf, wie sie die letzten Jahre nicht hatten. Völlig hemmungslos werden

Plakate abgerissen, Menschen beim Plakatieren beleidigt, angepöbelt und müssen Angst haben, ob sie noch nach Hause kommen. Es ist erschreckend, wie sich die demokratische Kultur in unserem Land gewandelt hat. In vielen Regionen Deutschlands sind rechtsradikale Positionen mehrheitsfähig, hegemoniefähig, und andere gesellschaftliche Gruppen leiden darunter, können sich nicht mehr bewegen, können nicht mehr in Freiheit, in Frieden ihre Vielfalt ausleben.

Ja, die Lage in unserem Land ist überhaupt nicht zufriedenstellend. Die wirtschaftliche Lage ist nicht gut. Die soziale Schere geht immer weiter auseinander. Der Klimawandel schreitet voran. Das Gesundheitssystem, die Schulen, die Kitas, die Bahn, vieles funktioniert nicht gut, auch wenn sich Menschen dort täglich zerreißen, um den Laden am Laufen zu halten. Die Morde der vergangenen Monate in Solingen, in Magdeburg, in Aschaffenburg sind durch nichts zu rechtfertigen. Sie sind unbegreiflich und **wir müssen versuchen, als Gesellschaft solche Taten zu verhindern.** Genauso wie wir versuchen müssen zu verhindern, dass Frauen vergewaltigt, Kinder missbraucht, Femizide begangen oder Raubdelikte durchgeführt werden. Doch eine Hundertprozentige Sicherheit wird es nicht geben. Wir müssen als demokratische Gesellschaft Antworten darauf finden, unter Beachtung des Grundgesetz, von Grund- und Freiheitsrechten. Es geht darum, **Taten vollumfänglich und sorgfältig aufzuklären, und dann die richtigen Schlüsse zu ziehen:**

Ganz konkret im Fall Aschaffenburg erwarte ich eine Antwort des Freistaat Bayern darauf, warum er seine BürgerInnen nicht schützen konnte. Die gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden, um Straftäter, psychisch kranke Menschen zu beobachten, zu regulieren. Es galt nur, bestehende Gesetze anzuwenden. Und ganz konkret ist zu benennen, dass dieser Fall nichts mit Fragen des Asylrechts zu tun hat – denn es handelte sich um einen psychisch schwer gestörten Straftäter (nach allem was wir wissen).

Dennoch: Im Kontext der Migrationsdebatte gilt es Verbesserungen zu erreichen, ohne das Grundrecht auf Asyl, ohne den europäischen Zusammenhalt, ohne das die Würde der Menschen infrage zu stellen. **Straftäter gehören ins Gefängnis, Behördenstrukturen müssen funktionieren.** Es muss klar sein, dass Menschen, die auffällig geworden sind, auch unter Beobachtung stehen und ja, der ein oder andere, nein wird auch abgeschoben werden oder das Land verlassen müssen. Das Grundrecht auf Asyl bedingt auch, dass, wenn kein Asylgrund vorliegt, Menschen aus diesem Grunde nicht im Land bleiben können. Aber wir sind ja auch darauf angewiesen, dass wir Zuwanderung haben. Das heißt, ein Spurwechsel ist dringend notwendig. Und gleichzeitig **müssen wir viel mehr tun für die Integration der Menschen** in unsere Gesellschaft. Sprachkurse, Integrationskurse, Psychosoziale Betreuung, die Möglichkeit, von Beginn an arbeiten zu können, sind essentiell, um die Spaltung in unserer Gesellschaft zu überwinden. Sich als AusländerIn integrieren zu können.

Das Dublin-Abkommen war von Beginn an ungerecht. Es funktioniert nicht, die Regeln sind zu kompliziert. Daraus hat Deutschland vorübergehend Schlüsse gezogen, und nach Solingen wieder Grenzkontrollen eingeführt. Seitdem sind die Asylzahlen stark zurück gegangen.

Es kann nicht sein, dass durch Friedrich Merz und sein Agieren die Einheit Europas aufs Spiel gestellt wird. Wir müssen europäisch denken, die Länder in Europa müssen zusammenarbeiten, um überhaupt eine Chance zu haben, weiterhin eine gute wirtschaftliche Grundlage für ihre Bürger*innen gewährleisten zu können.

Es gibt Lösungen. Sie sind in einem demokratischen Staat komplizierter als in einer Diktatur. Aber es ist wichtig, die demokratischen Prinzipien zu achten und nicht zu schweigen wenn Faschist*innen gebraucht werden, um Gesetze durchzubringen. Nie wieder ist jetzt!

Nach vorne gewandt: **Wir müssen konsequent die bestehenden Gesetze anwenden, die Menschen, die in unser Land kommen, nachhaltig in unsere Gesellschaft integrieren und die Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung erhöhen.** Auf zivilgesellschaftlicher Ebene braucht es, neben den vielen Demos, auf allen Ebenen Veranstaltungen, die **Gegenakzente setzen** zu den rassistischen und wirtschaftspolitisch falschen Thesen der CDU, CSU, FDP und AFD.

Es gilt den gesellschaftlichen Widerstand zu organisieren, um die verqueren Logiken der CDU zu durchbrechen, unsere Verfassung zu schützen, die EU in ihren demokratischen und sozialen Werten zu stärken.

Gregor Kaiser, 2.2.25